



Landkreistag Rheinland-Pfalz

Pressemitteilung

Mainz, den 08.11.2007
Az.: 000-450 Pi/Mr

Landkreistag begrüßt Kommunal- und Verwaltungsreform

Der Vorsitzende des Landkreistages Rheinland-Pfalz, Landrat Hans Jörg Duppré, Landkreis Südwestpfalz, begrüßte anlässlich der 62. Hauptversammlung des Landkreistages Rheinland-Pfalz den Beginn der Arbeiten an der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. „Der Landkreistag hat bereits seit Langem die Notwendigkeit einer Verwaltungs- und Funktionalreform betont“, führte Duppré aus. „Dabei geht es uns in erster Linie darum, dass wir angesichts der demografischen Entwicklung unsere Verwaltung zukunftssicher gestalten und gleichzeitig ein bürgerfreundlicher Service der Verwaltung finanzierbar bleibt“, so Duppré weiter. Allein diese sachlichen Notwendigkeiten hätten den Landkreistag zur Forderung nach einer Funktionalreform geführt und seine Grundsatzpositionen hierzu bereits in den beiden vergangenen Jahren beschreiben lassen. „Es ist erfreulich, dass der Ministerpräsident diese Notwendigkeit in seiner Regierungserklärung aufgegriffen hat“, so Vorsitzender Duppré weiter. „Was in diesem Zusammenhang allerdings irritieren muss, sind die vielen Einschränkungen der Reformüberlegungen.“ Mit dieser Bemerkung zielte Duppré auf die Aussagen des Ministerpräsidenten, dass etwa die Mittelbehörden in ihrer jetzigen Struktur für ihn nicht zur Diskussion stünden. Es sei zwar zutreffend, dass das Land in den vergangenen Jahren seine Mittelbehörden auch unter Effizienzgesichtspunkten umgestaltet habe, so Duppré weiter, ein gänzlichliches Ausklammern dieser Struktur in der Diskussion sei der Sache jedoch nicht förderlich. Im Vordergrund stünden Fragen der Aufgabenkritik, führte Duppré weiter aus. Hier sei das Land gefordert,

- 1 -

die bisherigen Prüfungsergebnisse nachvollziehbar auf den Tisch zu legen. Es sei zwar begrüßenswert, dass das Land den sog. 33-Punkte-Katalog deutlich erweitern wolle, für die Diskussion sei es jedoch von Vorteil, wenn das Land auch die in Bezug auf eine Kommunalisierung negativ ausgegangenen Prüfungen auf den Tisch legen würde. Gerade weil wir den 33-Punkte-Katalog der Landesregierung überwiegend positiv bewerten, so Duppré weiter, sei es unverständlich, dass das Land bisher die negativ ausgegangenen Prüfungen von Aufgaben nicht auch einer öffentlichen Diskussion zuführe.

Mit Interesse habe der Landkreistag das Experiment einer breiten Bürgerbeteiligung aufgenommen. „Es kann für die Akzeptanz eines Ergebnisses nur von Vorteil sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger des Landes bereits in einem sehr frühen Stadium in den Reformprozess einbezogen werden“, betonte Duppré. Der Landkreistag als ein vom Ehrenamt wesentlich geprägter kommunaler Spitzenverband begrüße diese Form der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich. „Das Land geht mit diesen Schritten einen neuen Weg, den wir bereit sind mitzugehen“, ergänzte Duppré und fuhr fort, dass es gut sei, einen Rheinland-Pfalz-spezifischen Weg der Reform zu gehen, der die Besonderheiten des Landes aufgreife. So sei man sich auch weitgehend einig, dass eine Stärkung der Entscheidungsbefugnisse der Ortsgemeinden und nicht etwa deren Abschaffung Ziel der Reform sein müsse. „Hierzu müssen sie dann aber auch von administrativen Aufgaben entlastet werden und hierfür effiziente Strukturen gefunden werden“, forderte der Vorsitzende weiter. Das Fitmachen der Verwaltung für die Zukunft verstärke den Druck nach einer wirtschaftlicheren Verwaltung. „Die Kreise stellen sich diesen Herausforderungen und lassen sich daran messen“, zeigt sich Duppré selbstsicher. Für die weiteren Reformschritte sagte Duppré der Landesregierung eine weiterhin konstruktive Begleitung durch den Landkreistag zu.